

NewsMOBILITÄT



SPD Fraktion
im Hessischen
Landtag



Foto: Thomas Gimberg

Tobias Eckert

*Wirtschafts- und verkehrspolitischer
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche Ihnen und Euch alles Gute für das neue Jahr 2022!

Wir möchten wieder aus dem Hessischen Landtag über die Themen Mobilität und Verkehr informieren und übersenden den mittlerweile sechsten Newsletter.

Wie immer freuen wir uns über Anmerkungen und Kritik.

Ihr/ Euer

Tobias Eckert, MdL



Facebook Live | 31.01.22 | 18h

*Weitere Infos finden Sie auf
der nächsten Seite.*



Beratungen zum Haushalt 2022

In der letzten Plenarsitzung des Hessischen Landtags im Dezember 2021 haben wir uns vor allem mit der Beratung des Haushalts 2022 befasst. Ich habe in meiner Rede zum Einzelplan des hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Stellung genommen.

Wir werden vor allem Haushaltsanträge zur aktiven Steuerung der Transformation einbringen. Digitalisierung, neue Technologien und vor allem der Klimawandel führen zu tiefgreifenden Veränderungen in der hessischen Industrie. Diese Transformation wird nur mit einer aktiven Industriepolitik gelingen. Wirtschaftsminister Al-Wazir bleibt hier leider blass.

Wir fordern auch in diesem Jahr einen Transformationsfonds in Höhe von 30 Millionen Euro. Ein Lotse für Digitalisierungs- und Transformationsprozesse, angesiedelt im hessischen Wirtschaftsministerium, soll gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen beraten, auch in Fragen der Fördermittel. Wir wollen außerdem eine Transformationsberatung zur Digitalisierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir fordern aber neben den Ausgaben für Transformation auch mehr Mittel für das Mobilitätsförderungsgesetz, den Landesstraßenbau und den Radwegebau. Hier ist immer noch ein erheblicher Bedarf, um den Substanzverzehr aufzuhalten und einer modernen Verkehrspolitik zu entsprechen.

Auch im neuen Jahr setzen wir unsere Talk-Reihe „Mobilität der Zukunft in Hessen 2030“ fort.



Am 31. Januar 2022, um 18 Uhr, werde ich mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des ADFC, Ansgar Hegerfeld, über die aktuellen Herausforderungen zum Radverkehr in Hessen sprechen.

Zur Veranstaltung geht es **HIER**.

Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Mieterinnen und Mieter

Wir haben uns im Landtag dafür eingesetzt, dass die Landesregierung die Hessische Bauordnung dahingehend ändert, dass die Installation von E-Ladesäulen bei Neubauten und Totalsanierungen in einem zu definierenden Verhältnis zu Wohneinheiten vorzusehen ist und dass zumindest ein Teil der dafür benötigten elektrischen Energie ortsnah aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen ist (vornehmlich aus PV-Dachanlagen der jeweiligen Gebäude).



Wir haben zudem dafür geworben, dass die Landesregierung mögliche Lösungen für Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnblöcken, Hochhäusern oder innerstädtischen Wohnungen finden muss, um diesen die Möglichkeit zu gewähren, ihr Elektroauto wohnortnah laden zu können.

Leider hat Schwarzgrün dieses wichtige Vorhaben abgelehnt. Wir werden das Thema weiterverfolgen.

Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Parkplätzen

Die SPD-Fraktion hat außerdem die Landesregierung aufgefordert, eine Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Parkplatzebenen in den hessischen Klimaschutzplan mit aufzunehmen.

Die Pflicht würde den Neubau eines für eine Solarnutzung geeigneten offenen Parkplatzes mit mehr als 50 Stellplätzen für Kraftfahrzeuge betreffen. Die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen auf entsprechenden Parkplatzebenen hätte den Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur beschleunigt. Diese Forderung hat Schwarzgrün leider ebenfalls abgelehnt.

Wir wollen innovativer werden in der Mobilitätspolitik:

Barcelona geht innovative Wege zur Verminderung von Autoverkehr und der damit einhergehenden Senkung von CO₂-Emissionen: Besitzerinnen und Besitzer älterer Autos ohne ein Umweltzertifikat können ihren PKW abgeben und erhalten dafür eine kostenlose Fahrkarte zur Nutzung des ÖPNV für drei Jahre.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, zu prüfen, ob ein solcher Tausch modellhaft in einzelnen Städten des Rhein-Main-Gebiets eingeführt werden kann.

Möchten Städte diesen Tausch anbieten, muss das Land die notwendige finanzielle Förderung zur Verfügung stellen. Zudem soll vorab ermittelt werden, ob ein solches Vorhaben bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Interesse stößt und genutzt würde oder ob möglicherweise das Angebot des ÖPNV als noch nicht attraktiv genug eingeschätzt wird aufgrund von Überfüllung in den S-Bahnen oder fehlenden Busangeboten.

Barcelona ist auch bekannt für die sogenannten Superblocks. Ein Superblock besteht aus Häusern, die gemeinsam einen verkehrsberuhigten Bereich bilden.





Nur zu bestimmten Zeiten dürfen Anwohnerinnen und Anwohner sowie Lieferdienste in diesen Bereich fahren. Der motorisierte Individualverkehr wird so reduziert und die Lebensqualität erhöht.

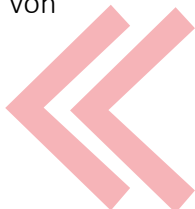
Wir fordern die Landesregierung auf, die Kommunen, die Superblocks modellhaft einrichten wollen, zu unterstützen und entsprechende Fördermittel zur Verfügung zu stellen.



Erkenntnisse aus der Enquete-Kommission Mobilität der Zukunft 2030

Die Enquete-Kommission hat sich vorgenommen, in ihrer ersten Arbeitsphase die bestehenden Herausforderungen auszuleuchten, Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen und sich einen Überblick über die aktuelle Lage und die Herausforderungen zu verschaffen. Dies ist in den zurückliegenden Sitzungen auch passiert. Zwar gibt es einige Bereiche, die noch besser ausgeleuchtet werden sollen, aber mehr und mehr treten wir in eine Phase ein, in der es auch um mögliche Lösungswege und deren Bewertung geht.

Für viele Jahre war das Denken über Mobilität darauf begrenzt, mehr oder minder gut Verkehrswege auszubauen und das Ganze um ein Angebot des ÖPNV zu ergänzen. Ganz folgerichtig findet die Debatte immer noch vielfach lediglich über Vor- und Nachteile des Automobils statt. Umso erfreulicher ist es, dass die Enquete-Kommission sehr früh den Blick eben nicht nur auf Verkehrsmittel und -träger gerichtet hat, sondern das Mobilitätsbedürfnis der Menschen in den Fokus nimmt. Nun mag dieser veränderte Blickwinkel vielleicht erst mal wenig spektakulär erscheinen, tatsächlich ist er von hoher Bedeutung.





Der Megatrend zum Zug in die Zentren ist trotz Corona ungebrochen. Während ländliche Gebiete darum kämpfen, nicht abgehängt zu werden, leiden die Zentren unter immer weiter fortschreitender Verdichtung. Den Wettbewerb um immer knapper werdenden Wohnraum in den Zentren sieht man an den entsprechenden Entwicklungen bei den Wohnungspreisen. Wer in diesen Wettbewerb nicht einsteigen will oder kann, für den bleibt das Pendeln. Aber auch hier zeigen sich Überlastungserscheinungen: Verkehrsoptimierung und Verkehrsbeschleunigung stoßen ebenso an Grenzen wie die Parkangebote.

Die auf den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP eingesetzte Enquete-Kommission bietet die Gelegenheit, einen Schritt zur Seite zu machen, um gemeinsam und grundlegend nachzudenken: Ist der Weg, auf dem wir uns befinden, denn wirklich der richtige? Ist es denn wirklich so überraschend, dass wir in der Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land nicht vorankommen, wenn auf dem Land beispielsweise medizinische Versorgung abgebaut wird? Ich denke, wir müssen gerade in Bezug auf Landesentwicklungsplanung weiter denken, als am Ende völlig verblüfft festzustellen, dass die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen nicht erfüllt werden und dann versuchen, die schlimmsten Symptome zu beseitigen.

Nun sitzt bei einigen Akteuren der moralische Zeigefinger sehr locker, gerade wenn es um das Auto geht. Die sogenannten Push-Maßnahmen, also den motorisierten Individualverkehr mit Einschränkungen und Sanktionen zurückzudrängen, mag in einigen Fällen richtig sein.

Vor allem auf dem Land ist das Auto – gerade als Rückfalloption – für viele Menschen jedoch unverzichtbar. Hier geht es vielfach eben auch um die Fähigkeit, einen Alltag vernünftig organisieren zu können – und letztlich ist Mobilität hier auch eine Frage der Sicherheit. An diesem Beispiel zeigt sich, dass Lösungen eben nicht einfach sind und auch unkonventionelles Denken erfordern.

“DIE LÖSUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT MÜSSEN AUF EINER INTELLIGENTEN UND UMWELTVERTRÄGLICHEN VERKNÜPFUNG VERSCHIEDENS-TER VERKEHRSMITTEL BASIEREN.

Die Lösungen für die Zukunft basieren auf einer intelligenten und umweltverträglichen Verknüpfung verschiedenster Verkehrsmittel. Sie müssen sich jedoch immer daran messen lassen, ob wir dabei die Bedürfnisse im Blick behalten. In den vorangegangenen Sitzungen haben uns viele Expertinnen und Experten Blickwinkel, Anforderungen und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Einige sehr wichtige Themenfelder, wie der Bereich von nachhaltigen und funktionierenden Güterverkehren stehen noch an.





Wir werden jetzt den Versuch unternehmen, diese Themen zusammenzuführen und vor allem zu benennen, welche Möglichkeiten denn gerade das Land Hessen hat – oder haben könnte.

In der bisherigen Arbeit ist es uns recht gut gelungen, die für uns wichtigen Punkte zu benennen und aufzuzeigen, wo es Änderungsbedarf gibt. In den kommenden Monaten fällt uns die Aufgabe zu, unsere Ideen und Lösungsvorschläge weiter auszuarbeiten und in die Kommission einzubringen. Am Umgang mit unseren Vorschlägen werden wir bemessen, ob die Parlamentsmehrheit wirklich zu einer konstruktiven und gemeinsamen Entwicklung bereit ist.

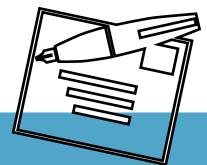
Parlamentarische Initiativen Fragen & Antworten

Das Verkehrsministerium hat angekündigt, ab 2022 den Radverkehr mit 270 Zählstellen an Straßen und Radwegen zu erfassen. Es wurde Kritik geäußert, dass 270 Zählstellen zu wenig seien. Wir haben bei der Landesregierung nach Details gefragt.

Die Fragen und Antworten findet man **HIER**.

Wir haben die Landesregierung gefragt, wie die Nutzung von Elektrofahrzeugen in den hessischen Behörden erfolgt.

Die bemerkenswerten Antworten des Finanzministers finden sich **HIER**.



Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?

Schicken Sie uns einfach eine kurze E-Mail.